

GEMISCHTER PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS EU-KROATIEN

5. Treffen

20. - 21. März 2007

Zagreb

ERKLÄRUNG und EMPFEHLUNGEN (angenommen am 21. März 2007)

21. März 2007
SMZ/GG/pel

DV\661263DE.doc
Externe Übersetzung

1

PE 379.384

DE

DE

Der Gemischte Parlamentarische Ausschuss EU-Kroatien kam am 20./21. März 2007 in Zagreb unter dem gemeinsamen Vorsitz von Gordan JANDROKOVIĆ (HDZ - Kroatische Demokratische Union) für das kroatische Parlament und Pal SCHMITT (Ungarn, PPE-DE) für das Europäische Parlament zu seinem 5. Treffen zusammen.

Es fand eine Aussprache mit folgenden Personen statt:

- Botschafter Hans-Jochen PETERS, im Auftrag der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union,
- Botschafter Vladimir DROBNJAK, Chefunterhändler für den Beitritt Kroatiens zur EU, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration (MAAEI),
- Ljiljana VODOPIJA ČENGIĆ, Stellvertretende Ministerin der Justiz, Leiterin der Arbeitsgruppe für das Kapitel „Justiz und Grundrechte“,
- Marija PEJČINOVIĆ BURIC, Staatssekretärin für europäische Integration im MAAEI, Mitglied der kroatischen Verhandlungsgruppe für die Kapitel Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Institutionen und andere Angelegenheiten, Ko-Vorsitzende des Stabilitäts- und Assoziationsausschusses,
- Neven PELICARIĆ, Stellvertretender Minister für die EU und europäische Zusammenarbeit im MAAEI, Leiter der Arbeitsgruppe für das Kapitel „Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ im Auftrag der Regierung der Republik Kroatien,
- Vincent DEGERT, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in Kroatien, im Auftrag der Europäischen Kommission.

Die Mitglieder des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses befassten sich mit folgenden Themen:

Stand der Beitrittsverhandlungen und allgemeine Vorbereitungen auf den Beitritt Kroatiens zur EU

Stand der Umsetzung der Reformen in den Bereichen Justiz, öffentliche Verwaltung und Korruptionsbekämpfung
Auskunft über die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen nach innerstaatlichem Recht

Bewertung der Debatte über die Verfassung für Europa und ihre Auswirkungen auf die EU-Erweiterung

Erfolge und Probleme bei der Rückführungspolitik und dem Minderheitenschutz in Kroatien

Kroatien und seine Nachbarn: Überblick über die ausstehenden Themen und die nachbarlichen Beziehungen

Kroatiens Fortschritte im Hinblick auf eine Anpassung an den Besitzstand der EU im Bereich der Wettbewerbspolitik und der staatlichen Beihilfen

In Übereinstimmung mit Artikel 3 seiner Geschäftsordnung und Artikel 116 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens EU-Kroatien richtete der Gemischte Parlamentarische Ausschuss folgende Erklärung und Empfehlungen an den Stabilisierungs- und Assoziierungsrat sowie die Institutionen Kroatiens und der Europäischen Union:

Der Gemischte Parlamentarische Ausschuss:

zu den Verhandlungen zwischen der EU und Kroatien über den Beitritt Kroatiens zur EU und die Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens

1. begrüßt die umfassenden Bemühungen und Leistungen Kroatiens, um das Land auf den Weg zu einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zu bringen;
2. bestätigt, dass er einen reibungslosen Fortgang des Verhandlungsprozesses mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft Kroatiens in der EU wünscht, und erinnert daran, dass Fortschritte auch davon abhängen, ob Kroatien seine Verpflichtungen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens erfüllt;
3. unterstützt die Bemühungen Kroatiens, seinen Bürgern eine Teilnahme an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 zu ermöglichen;
4. gratuliert Kroatien zum erfolgreichen Abschluss des Screening-Prozesses entsprechend dem ursprünglichen Zeitplan und für die bemerkenswert gute Vorbereitung der an den Beitrittsverhandlungen beteiligten kroatischen Unterhändler und Beamten;
5. begrüßt die Eröffnung und den vorläufigen Abschluss der Verhandlungen zu den Kapiteln 25 (Wissenschaft und Forschung) und 26 (Bildung und Kultur) sowie die Eröffnung von Verhandlungen zu drei weiteren Kapiteln im Dezember 2006 (Wirtschafts- und Währungspolitik, Unternehmens- und Industriepolitik, Zollunion); erwartet die Eröffnung einer beträchtlichen Anzahl von Verhandlungskapiteln im Laufe des Jahres 2007 und nimmt die Fortschritte bei der Erfüllung der Richtwerte mit Blick auf die Eröffnung von Verhandlungen zu sieben Kapiteln (Öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbspolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, freier Kapitalverkehr, freier Warenverkehr, Landwirtschaft, Rechtssystem, Freiheit und Sicherheit) zur Kenntnis;
6. vertritt die Ansicht, dass einige Kapitel, in denen Kroatien ein hohes Niveau der Angleichung an den Besitzstand und dessen Umsetzung erreicht hat, abgeschlossen werden sollten;
7. stellt mit Befriedigung fest, dass die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht 2006 für Kroatien Fortschritte bei der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands konstatiert, wenngleich in einigen Bereichen noch kurzfristige prioritäre Verpflichtungen im Rahmen der Beitrittspartnerschaft zu erfüllen und weitere Bemühungen um die Angleichung der Rechtsvorschriften und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten notwendig sind; in diesem Zusammenhang begrüßt der GPA das nationale Programm für den Beitritt Kroatiens zur EU, das im Januar 2007 verabschiedet wurde, und erwartet seine Umsetzung;

8. nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass Kroatien zum reibungslosen Funktionieren der verschiedenen mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in Verbindung stehenden gemischten Einrichtungen beigetragen hat und die Umsetzung des Abkommens ohne größere Probleme fortgesetzt wurde; mit Blick auf die mit den Gemeinschaftsprogrammen verbundene finanzielle Zusammenarbeit begrüßt der GPA die von Kroatien ergriffenen Maßnahmen zur Ermöglichung einer dezentralen Mittelbewirtschaftung, betont aber gleichzeitig, dass die beteiligten Institutionen als Folge über ausreichend Personal verfügen müssen;

9. ersucht die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten, den Prozess der Beitrittsverhandlungen weiterhin mit der Bereitstellung aktiver Unterstützung und wirksamer technischer Hilfe zu begleiten;

10. äußert den Wunsch, dass das kroatische Parlament angesichts des Jahres 2007 als einem Schlüsseljahr sein Augenmerk auf den Kern der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt legt und alle kroatischen Institutionen einen Beitrag dazu leisten, der nicht durch den innerstaatlichen Vorwahlkampf beeinflusst werden sollte;

zu den politischen Kriterien:

11. hebt hervor, dass alle Fragen im Zusammenhang mit dem Funktionieren der Rechtsstaatlichkeit und insbesondere die Reformen der Justiz und der öffentlichen Verwaltung sowie die Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens von größter Bedeutung sind;

12. erinnert an die Bedeutung der politischen Grundsätze, die im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa verankert sind, mit dem die europäische Perspektive bekräftigt wird, der aber auch regionale Zusammenarbeit, gutnachbarliche Beziehungen und die Rückkehr von Flüchtlingen umfasst;

- Lage des Justizwesens, Umsetzung von Reformen und Perspektiven für weitere Verbesserungen

13. nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass mit der Umsetzung der Reformstrategie begonnen wurde; betont, dass eine weitere Verbesserung der Funktionsweise des Rechtssystems eine große Aufgabe für Kroatien darstellt und ermutigt die Regierung, Missstände bei der Umsetzung der Strategie zur Reform des Rechtssystems verstärkt anzugehen;

14. weist im Besonderen auf die Notwendigkeit hin,

- weitere Verbesserungen im Hinblick auf die Unparteilichkeit der Justiz vorzunehmen,
- Professionalität und Kompetenz durch eine systematische und gut organisierte Aus- und Weiterbildung weiter zu erhöhen,
- die Unterstützung der Gesamtreform der Justiz durch die Richter zu erhöhen,
- die Einführung alternativer Mittel zur Schlichtung von Streitfragen weiter zu fördern,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen leichteren Zugang aller Bürger zu den Gerichten ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Stellung zu schaffen.

15. nimmt zur Kenntnis, dass die Prozesse wegen Kriegsverbrechen und Ermittlungsverfahren gegen Kriegsverbrecher ohne jede Ungleichbehandlung durchgeführt wurden, begrüßt die Fortsetzung der umfassenden Zusammenarbeit Kroatiens mit dem IStGHJ und ruft zu kontinuierlicher Objektivität aller juristischen Interessenvertreter bei der Prozessführung wegen Kriegsverbrechen auf, da dies ein gutes Beispiel für die gesamte Region darstellen würde;

16. begrüßt die Annahme strategischer Aktionspläne für den Grenzschutz und fordert Kroatien auf, die Umsetzung der zwecks Erfüllung der EU-Grenzschutzstandards geplanten praktischen Maßnahmen fortzusetzen;

zur Reform der öffentlichen Verwaltung

17. nimmt davon Kenntnis, dass die Strategie für die Reform der öffentlichen Verwaltung in der ersten Hälfte des Jahres 2007 in Kraft treten wird, und ruft in Erinnerung, dass weitere Fortschritte nach Ansicht der Europäischen Kommission und internationaler Finanzinstitutionen Folgendes voraussetzen:

- Professionalität der staatlichen Verwaltung;
- endgültige Festlegung der Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst;
- erheblich bessere Ergebnisse bei der Dezentralisierung und der Verbesserung ethischer Standards in der Lokalpolitik, wobei die Aktivitäten der vor kurzem beim Hauptamt für öffentliche Verwaltung eingerichteten Akademie für lokale Demokratie und des Ethikreferats, dessen Aufgabe es unter anderem ist, ethische Standards auf zentraler und lokaler Ebene kontinuierlich zu verbessern, zur Kenntnis genommen werden;
- begrüßt die bei den Führungs- und Verwaltungskapazitäten des Hauptamts für öffentliche Verwaltung erreichten Verbesserungen;

18. nimmt das Gesetz zur Änderung des Machtübertragung zur Kenntnis, wonach Beamte und im Rahmen von Auswahlverfahren für Stellen im öffentlichen Dienst eingestellte Angestellte der Komitate, Städte und Gemeinden ihr Mandat nicht an die Wahlsieger abtreten müssen und nicht durch eine politische Entscheidung abberufen werden können; stellt jedoch fest, dass dieses Gesetz nur teilweise in Kraft getreten ist;

19. begrüßt die Initiative der Regierung zur EDV-Ausstattung verschiedener Tätigkeitsbereiche der öffentlichen Verwaltung in Kroatien, wie u. a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wirtschaft;

20. obwohl er hervorhebt, dass die Bekämpfung der Korruption eine bleibende Aufgabe für die Regierung ist und hierbei weitere Fortschritte erzielt werden müssen, begrüßt er das überzeugende und umfassende Programm der Regierung zur Korruptionsbekämpfung, das durch Maßnahmen des Amtes für die Abwendung von Korruption und organisierter Kriminalität (USKOK) unterstützt wird, und erwartet seine Umsetzung; begrüßt die Weiterbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung für Staatsbedienstete;

zur Lage der Minderheiten und Rückkehr der Flüchtlinge

21. nimmt zur Kenntnis, dass Kroatien dem Flüchtlingsproblem verstärkte Aufmerksamkeit widmet, und fordert Kroatien auf, mit der Umsetzung des Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten und dabei insbesondere seiner Bestimmungen in Bezug auf die Beschäftigung von Angehörigen nationaler Minderheiten fortzufahren;

22. begrüßt die Gesamtentwicklung bei der Rückkehr von Flüchtlingen, beim Wiederaufbau und bei der Wiederinbesitznahme von Wohnungen und betont zugleich, dass die Wohnungsprogramme für ehemalige Inhaber von Eigentums- bzw. Wohnrechten weiter wirksam durchgeführt werden müssen; ermutigt die kroatischen Behörden, Anstrengungen zu unternehmen, um die für eine nachhaltige Rückkehr von Flüchtlingen notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu schaffen, und sich weiterhin an regionalen Gesprächen über diese Angelegenheit zu beteiligen;

zur regionalen Zusammenarbeit und den Beziehungen zu den Nachbarländern

23. betont die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und guter nachbarschaftlicher Beziehungen, unterstützt die Bemühungen Kroatiens um einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu seinen Nachbarn und um eine aktive Verfolgung von Initiativen zu allen Belangen von gemeinsamem Interesse, wodurch es als Stabilitätsfaktor für die Region fungiert; außerdem ermutigt der GPA Kroatien und seine Nachbarländer, ihre Suche nach endgültigen Lösungen in allen noch nicht erledigten bilateralen Fragen, insbesondere in Bezug auf die Festlegung des Grenzverlaufs, fortzusetzen;

24. begrüßt die im Dezember 2006 in Bukarest unterzeichnete neue integrative CEFTA, die den Handel innerhalb der Region Südosteuropas weiter erleichtern und Anreize für Investitionen aus dem Ausland schaffen wird;

25. begrüßt den derzeitigen Vorsitz Kroatiens im Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SOEKP) und seine aktive Rolle bei der Förderung von Initiativen; erinnert daran, dass die Mitglieder des SOEKP die Schaffung des Regionalen Kooperationsrates als Nachfolgeeinrichtung des Stabilitätspaktes zur Gewährleistung lokaler Eigenverantwortung vereinbart haben, dessen Mandat und technische Aspekte nun festzulegen sind; stellt erfreut fest, dass die Europäische Kommission, die Länder der Region und die internationalen Geber bereit sind, den Rat mitzufinanzieren;

zur kroatischen Wirtschaft

26. erinnert daran, dass Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden kann und nimmt zufrieden zur Kenntnis, dass die Wirtschaftsentwicklung sich im Jahr 2006 weiter beschleunigt hat, was sich im Jahresvergleich in einem realen Wachstum von 4,7 % in den ersten drei Quartalen widerspiegelte, während die Arbeitslosenquote auf ein Sieben-Jahres-Tief fiel; der GPA erkennt ferner an, dass die Wirtschaft in einem stabilen Umfeld, bei einem stabilen Wechselkurs der Kuna gegenüber dem Euro und einer im Vergleich zu 2005 abgeschwächten Inflation gewachsen ist; dass die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2006 fortgesetzt wurde, was sich in einer weiteren Senkung des Haushaltsdefizits ausdrückt, während außerdem ein Rückgang der öffentlichen Schuldenquote erwartet wird; der GPA

nimmt mit besonderer Zufriedenheit zur Kenntnis, dass Kroatien sich in die europäischen und regionalen Handelssysteme reibungslos integriert hat;

27. erinnert Kroatien daran, das Tempo der Strukturreformen, einschließlich der Unternehmensumstrukturierungen und der vollständigen Privatisierung, zu beschleunigen; der GPA weist noch einmal darauf hin, dass das Reformprogramm energisch umgesetzt werden muss, um die verbleibenden Schwachpunkte, wie insbesondere erhebliche Unausgewogenheiten bei der Handels- und der Leistungsbilanz, hohe Auslandsschulden und hohe laufende Ausgaben, was die Subventionierung unrentabler Unternehmen einschließt, zu beseitigen; zur weiteren Konsolidierung in diesen Bereichen und zur Vorbereitung auf den Beitritt zur EU schlägt der GPA weitere Verbesserungen bei der Rechtssicherheit und der Verwaltungstransparenz für Unternehmen vor und fordert dazu auf, im Interesse von Investitionen aus dem Ausland den lautereren Wettbewerb zu fördern; in diesem Zusammenhang werden Projekte wie HITROREZ, e-CROATIA und die laufende Reform des Landkatastersystems ausdrücklich begrüßt;

zur Angleichung an den Besitzstand, insbesondere in den Bereichen Wettbewerb und staatliche Beihilfen

28. begrüßt die Tatsache, dass Kroatien seine Fähigkeit verbessert hat, den Verpflichtungen der Mitgliedschaft nachzukommen, und nimmt Fortschritte in zahlreichen Bereichen zur Kenntnis, während er zugleich betont, dass mit Blick auf den allgemeinen Grad der Angleichung des Rechtssystems und der Verwaltungskapazitäten weitere nachhaltige Anstrengungen erforderlich sind;

29. der GPA nimmt zur Kenntnis, dass insbesondere in den Bereichen Wettbewerb und staatliche Beihilfen Fortschritte erzielt wurden, und betont, dass weitere Anstrengungen zur Angleichung des Rechtssystems und zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die kroatische Wettbewerbsbehörde sowie der Aus- und Weiterbildung von Richtern in Fragen des Wettbewerbs und staatlichen Beihilfen unternommen werden müssen; der GPA nimmt erfreut zur Kenntnis, dass in Bezug auf die staatlichen Beihilfen bei der Angleichung des Rechtssystems, der Erweiterung der Kompetenzen der Wettbewerbsbehörde dahingehend, dass sie verbindliche Entscheidungen treffen kann, und bei der Vollzugsbilanz beachtliche Fortschritte erreicht wurden, fordert jedoch eine weitere Stärkung der Verwaltungskapazitäten für die Kontrolle staatlicher Beihilfen;

30. weist noch einmal darauf hin, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, um die Verpflichtungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu erfüllen, insbesondere mit Blick auf staatliche Beihilfen für die Stahlindustrie und den Schiffbau sowie Steuersubventionen; in diesem Zusammenhang begrüßt der GPA die jüngste Verabschiedung des nationalen Umstrukturierungsprogramms für die Stahlindustrie und fordert dazu auf, die Anstrengungen zur endgültigen Festlegung des Umstrukturierungsprogramms für die Schiffsbauindustrie zu verstärken;

zur Zukunft Europas

31. ermuntert Kroatien, sich als Beitrittsanwärter, der über den Beitritt zur EU verhandelt, aktiv an den Diskussionen über die Zukunft Europas zu beteiligen und auf diese Weise zur Entwicklung des bestmöglichen konstitutionellen Rahmens für die erweiterte Union beizutragen;

32. die Wahrnehmung und das Verständnis des kroatischen EU-Beitrittsprozesses und der Folgen einer zukünftigen Mitgliedschaft durch die kroatischen Bürger zu verbessern und Skepsis bzw. Misstrauen gegenüber der EU abzubauen, und erachtet es als äußerst wichtig, dass die EU zur Unterstützung und Ergänzung einer wirksamen Kommunikationspolitik der kroatischen Regierung und des kroatischen Parlaments eine konsequente und langfristige Informationspolitik betreibt.

* * * * *